A
...elmann ... Ecke Altmarkt, I. Etage
Gardinen
Kleiderstoffe
Baumwollwaren
...ihr Geschäft für Berufskleidung ...tsstr. 1 (a. Fraub. Pl.)
...s Klepperhein
...ED MANN ... Str. 38, Ecke Josephinenstr. ...ch- und Wurstwaren
...l-Ecke ...eschäft in Woll-, ...pfwaren und Trikotagen
... (Ecke) Tel. 12 045
... Gustav Bernhard ... See 14
...ur-Drogerie ... TREPTOW
...Mastochsen- ...u. Wurstfabrik ...ert, Webergasse 21
...waren-Noack
... Fleisch- und Wurstwaren ..., Fleischermstr.
...ZEN-ECKE ...rd Peisel
...n, Webergasse 26
...er Lederwaren ... Alaunstraße 15
...nker Nachf. ...ul Gneuss
...r „Stadt Mexiko" ... Ammonstraße 92
...OLLE ... Strümpfe, Handschuhe ...leriestraße Nr. 9
...sche
...Gattermann
...HAUS ...DERGASSE 17
... Möbel
...tter & Co. ...straße 7

Einzelnummer 10 Pfg.
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 25. März 1926 — Nummer 71

Die Regierung sabotiert!

Verschleppung des Volksbegehrens

Die Fürstenparteien haben entschieden Pech. Nachdem sie erst den ursprünglichen demokratischen Abfindungsantrag zugunsten eines neuen Kompromißantrages geopfert hatten, mußten sie auch den ersten Kompromißentwurf durch einen zweiten ersetzen. Aber das Volksbegehren, das zwischen 13 und 15 Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnte, traf die Fürstenparteien abermals schwer. Während jetzt in der Dienstagsitzung des Rechtsausschusses die Generaldebatte über den zweiten Kompromißentwurf abgeschlossen wurde, kündigte man bereits einen dritten Kompromißentwurf der Fürstenparteien an, der sich von dem zweiten in einer ganzen Reihe von Punkten unterscheiden wird.

Der Sozialdemokrat Rosenfeld hob noch einmal hervor, was von kommunistischer Seite bereits gegen den Kompromißentwurf geltend gemacht worden war: das Eingeständnis der Fürstenparteien, daß der Kompromißentwurf lediglich von zwei Ländern, nämlich Preußen und Thüringen (letzteres auch nur für den Fall Gotha) in Anspruch genommen werde, daß aber in all den anderen schlimmen Fällen, wie Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Lippe usw., durch den Kompromißentwurf eine Aenderung der gegenwärtigen unerträglichen Sachlage nicht bewirkt würde. Rosenfeld führte mit Recht aus, es komme darauf an, für das ganze Reich, und nicht nur für Preußen und Thüringen, eine Regelung zu treffen, die dem Willen des Volkes gerecht wird.

Die Vertreter der Regierungsparteien griffen zurück auf die Ausführungen des Sozialdemokraten Landsberg aus der Montagsitzung. Der Demokrat v. Richthofen nahm die Verbesserungsvorschläge Landsbergs als sehr beherzigenswert entgegen und bekundete das Interesse der Regierungsparteien, mit der Sozialdemokratie gemeinsam zu einer Verständigung zu kommen. In dieselbe Kerbe schlug auch der Zentrumsmann Dr. Bell. Aus den Ausführungen dieser Sprecher der Fürstenparteien war zu ersehen, daß Landsbergs Rede vom Montag ihnen wieder neuen Mut gemacht hat, ihr faules Kompromiß gegenüber dem Volksentscheid durchzusetzen.

Genosse Reybauer nahm Bezug auf die Meldung im „Montag-Morgen", in der gesagt wurde, daß die Regierung die Absicht hat, den Volksentscheid bis zum Herbst zu verschleppen, und fragte den anwesenden Reichsjustizminister Marx, wann die Regierung das Volksbegehren dem Reichstag zuleiten wolle. Der Sozialdemokrat Rosenfeld schloß sich der kommunistischen Frage an. Marx leugnete zwar die Sabotageabsichten, wich aber einer positiven Beantwortung der Frage aus und verkroch sich hinter den formalen Vorwand, die Reichsregierung müsse erst den Schluß der amtlichen Feststellungen abwarten, um dann zum Volksbegehren Stellung zu nehmen. Kommunisten und Sozialdemokraten erklärten sich mit dieser Antwort ganz und gar nicht befriedigt, da sie ein Ausweichen vor der klar gestellten Frage bedeutet. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Kahl, teilte mit, daß nach seiner Meinung das Volksbegehren „noch im Mai" dem Reichstag zur Behandlung zugeleitet werden könne.

Inzwischen aber wollen die Regierungsparteien ihren Kompromißentwurf sowohl im Ausschuß wie im Reichstag erledigt haben, so daß der Volksentscheid erst hinterher kommen würde. Auf diese Weise versuchen die Regierungsparteien, die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Kompromißentwurf zu gewinnen und damit die Front für den Volksentscheid auseinanderzutreiben. Diese durchsichtige Taktik muß von der Arbeiterschaft durchschaut und vereitelt werden.

Vorläufiges Ergebnis des Volksbegehrens

Berlin. Das vorläufige amtliche Ergebnis des Volksbegehrens zur Einleitung des Volksentscheids für die entschädigungslose Fürstenenteignung ist 12 512 140. Die gestern noch ausstehenden Bezirke hatten ein noch stärkeres Ergebnis erwarten lassen. Wo aber in ihnen die reaktionäre Sabotage besonders stark in Erscheinung trat, brachten sie zum Teil weniger Eintragungen als die KPD. und die SPD. zusammen zur ersten Präsidentenwahl an Stimmen erhalten hatten.

Der Völkerbund und die Stresemann-Politik

Von Arthur Rosenberg

„Es ist noch nicht durchaus sicher, daß der Völkerbund den in Genf erhaltenen Schlag überleben wird," so sprach Macdonald am 20. März in einer Rede in Blackburne. „Die Auflösung des Völkerbundes würde für die Welt ein schreckliches Unglück bedeuten. Ich hoffe jedoch, daß der Völkerbund den in Genf erlittenen Schlag überleben wird," so sprach am gleichen Tage Lloyd George in einer Rede. „Ich höre schon die grämlichen, skeptischen Gemüter, die nur zu sehr zur Kritisierung des Völkerbundes geneigt sind, und die es nicht mit Resignation hinzunehmen pflegten, daß dieser von Jahr zu Jahr an Kraft, an Adel und an Schönheit zunimmt. Aber meine Herren, selbst inmitten der Schwierigkeiten, auf die wir gestoßen sind, selbst in der bedenklichsten Lage, in der wir uns befinden, und die uns zu einer für alle schmerzlichen, für alle grausamen Vertagung bringen könnte, sage ich, daß der Völkerbund auch nicht im mindesten angetastet werden kann." Der Optimist, von dem die letzten Sätze stammen, ist Herr Briand in seiner Rede auf der Völkerbundsversammlung am 17. März.

Was wird geschehen? Wird der Völkerbund an dem Schlag sterben? (Macdonald.) Wird er sich noch einmal mit Mühe erholen? (Lloyd George), oder wird er trotz der grausamen Enttäuschungen an Adel und Schönheit zunehmen (Briand), oder ist die ganze Genfer Angelegenheit ohne wesentliche Bedeutung und nicht geeignet, eine ernstliche politische Veränderung zu bringen? (Stresemann und Breitscheid.) Die leichtfertige Sicherheit, mit der Stresemann im Reichstag über den Genfer Zusammenbruch redete, kann niemand über die Wirklichkeit hinwegtäuschen. Der Völkerbund befindet sich in der schwersten Krise seit seiner Gründung. Vielleicht ist es die Todeskrise. Große Teile der europäischen Arbeiterschaft, die bisher an das Genfer Gebilde geglaubt hatten, sind deshalb genötigt, sich neu zu orientieren. Dieser Prozeß wird im deutschen Proletariat besonders wichtig sein, denn Millionen sozialdemokratischer Arbeiter haben bisher die Völkerbundspolitik der Hermann Müller, Breitscheid und Stresemann gebilligt, oder doch geschehen lassen. Dieselben Arbeiter haben bisher den Kommunisten vorgeworfen, daß ihre Außenpolitik ein Bündnis mit der deutschnationalen Reaktion bedeute. Den SPD-Arbeitern gehen jetzt die Augen auf. Der Phrasenschleier, der das Genfer Götzenbild umhüllte, ist gefallen. Die kapitalistische Räuberfratze ist für jedermann erkennbar.

Die Größe der Völkerbundsniederlage läßt sich an der Bestürzung jener Gruppen der Bourgeoisie ermessen, die wirklich aufrichtig für den Völkerbund sind. Das sind z. B. gewisse kluge Kapitalistengruppen in England, die Leute um den Manchester Guardian, Figuren wie Keynes und Lloyd George. Diese Leute glauben nicht einen Augenblick an den pazifistischen Schwindel, aber sie wissen, daß ein neuer Imperialistenkrieg die Arbeiterrevolution in Europa bringen würde. Und sie klammern sich an den Völkerbund als das Instrument der kapitalistischen Einigung. Diese englischen Gruppen sprechen ihre Sorge und Entrüstung laut aus. Sie verlangen den Rücktritt Chamberlains, dessen Ungeschicklichkeit wesentlich zu der Genfer Pleite beigetragen hätte.

Eine weitere Gruppe betrübter Völkerbundsfreunde sind die Führer der zweiten Internationale. Denn auch für sie war der Völkerbund der Ausdruck der kapitalistischen Einigkeit, der kapitalistischen Stabilisierung in Europa und ein bequemes Mittel, um die Arbeiterschaft hereinzulegen. Es ist kein Zufall, daß in Genf der treueste Ritter des Völkerbundes, die sozialdemokratische Regierung Schwedens gewesen ist. Herr Unden hat 10 Tage lang im Geiste des seligen Branting die Löcher des Völkerbundes zu stopfen gesucht, und dafür allseitige Lobsprüche geerntet. Ebenso hält in Deutschland Herr Breitscheid bis zum letzten Augenblick das Völkerbundsbanner hoch.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Europas erblicken im Völkerbund eine, wenn auch zweifelhafte, Versicherung gegen neue Kriege. Sie wollen den Frieden. Und selbst der kapitalistische Frieden ist ihnen lieber, als die Schrecken des Schützengrabens. Die Märztagung des Völkerbundes hat aber gezeigt, daß er nicht einmal den kapitalistischen Frieden sichert. Im Gegenteil, mit dem Völkerbund ist die Kriegsgefahr größer als ohne den Völkerbund.

Der Völkerbundsapparat ist ein Instrument, mit dem die großimperialistischen Mächte die übrigen Länder für ihre Interessen ausnutzen wollen. So gründete Wilson den Völkerbund als Instrument der amerikanischen Weltherrschaft. Nachher wollte freilich die amerikanische Bourgeoisie das Instrument nicht benutzen. So will Chamberlain den Völkerbund zur Einkreisung Sowjet-Rußlands verwenden. So will Briand mit Hilfe des Völkerbundes die französische Vorherrschaft in Mitteleuropa und bei den Randstaaten befestigen. Wenn nun aber jede Großmacht den Völkerbundsapparat für sich erobern will, so kommen naturgemäß immer neue Konflikte. Der Genfer Völkerbund gleicht einem Koloniallande, um das die verschiedenen imperialistischen Räuber sich schlagen, so muß die Existenz

Das Hungerprogramm des Reichsernährungsministers vor dem Reichstag

Nach den „großen" außenpolitischen Debatten am Montag und Dienstag gingen die Etatberatungen im Reichstag am Mittwoch mit der Besprechung des sogenannten Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in dem üblichen parlamentarischen Trab weiter.

Die dem hungernden Proletariat wie blutigster Hohn klingende Programmrede des Zentrumsministers Haslinde erweckte bei den bürgerlichen Parteien natürlich begeisterte Zustimmung. Der Deutschnationale Stubbendorf lobte Haslinde über die Maßen und forderte gleichzeitig natürlich Erhöhung der Schutzzollmauern, besonders für Weizen, um einen Roggenmehrverbrauch zu erzielen, sowie „Beseitigung der Zwangswirtschaft der Arbeit" und Abbau der Sozialpolitik. Zentrum und Volkspartei vervollständigten im selben Sinne den Chorus.

„Die Stimme des Volkes" im Reichstag

Bürgerliche Rüpelszenen gegen verzweifelte Kleinbürger

Während der Rede des Volksparteilers spielte sich eine Szene ab, die sowohl auf die Verzweiflung der Massen wie auch auf den Geist der „Volksvertretung" ein grelles Licht wirft. Von der Publikumstribüne ließ eine Frau ein Plakat herunter, auf dem geschrieben stand, daß man sie ihrer Wohnung beraubt habe. Gleichzeitig wurden in den Sitzungssaal Flugblätter desselben Inhalts geworfen. Trotzdem sofort klar war, daß es sich um eine Demonstration eines verzweifelten Kleinbürgers handelte, gebärdeten sich die bürgerlichen Parteien, besonders die Deutschnationalen, geradezu wie die Wilden. Mit wütendem Geschrei verlangten sie vom Zentrumsvizepräsidenten Bell die Räumung der Tribünen, obwohl die Frau mit dem Plakat schon vom Diener herausgeworfen worden war. Als sich einige Tribünenbesucher über die völlig unbegründete Räumung beschwerten, sprang der deutschnationale Rüpel Laverenz auf und brüllte zur Tribüne: „Halten Sie das Maul! Raus!" Unter wachsendem Tumult der sonst so wohlgesitteten Bürger wurde die Sitzung auf 5 Minuten unterbrochen. Als Bell jedoch nach Wiederbeginn die Tribüne nicht öffnen ließ, protestierten gegen diesen verfassungswidrigen Ausschluß der Oeffentlichkeit die Kommunisten. Bell blieb jedoch bei seinem diktatorischen Beschluß und antwortete auf jede Kritik seines Verhaltens nur mit Ordnungsrufen. Erst nach Beendigung der Rede des Volksparteilers konnte Genosse Koenen gegen den Bruch der verfassungsmäßig garantierten Oeffentlichkeit ...

Er kennzeichnete die Vorgänge auf der Tribüne als einen Akt der allgemeinen Verzweiflung und Not. Der eine verreckt vor Hunger, der andere wandert ins Zuchthaus, der dritte kommt ins Irrenhaus und der vierte in den Reichstag! (Entrüstungssturm bei den Bürgerlichen.)

Nach Beilegung des Zwischenfalles sprach dann Genosse Hörnle und nahm in groß angelegter Rede zu dem Hungerprogramm des Reichsernährungsministers Stellung, in dem kein Wort über die große Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter und über die Not der Landarbeiterschaft gesagt und die Kleinbauern mit schönklingenden Phrasen abgetan werden. Der kommunistische Antrag, den Kleinbauern Kredite durch die Golddiskontbank zukommen zu lassen, wurde von den Bürgerlichen und der SPD. niedergestimmt. Die kommunistische Fraktion forderte durch den Genossen Hörnle Kredite zur Förderung kleinbäuerlicher Genossenschaften und die Einstellung von 5 Millionen Mark für die Speisung von Kindern der Erwerbslosen in den Gemeindeschulen.

Sozialdemokraten für das Steuerkompromiß

Wie die bürgerliche Presse meldet, sind die Sozialdemokraten geneigt, nach den Besprechungen, die der Reichsfinanzminister mit den Vertretern der Sozialdemokratie hatte, dem Steuerkompromiß ihre Zustimmung zu geben. Gestern nachmittag fand eine Fraktionssitzung der Sozialdemokraten statt, in der über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet worden ist. Bisher ist jedoch ein Beschluß noch nicht gefaßt worden.

Linke Sozialdemokraten gegen Luther

Zwickau, 25. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „Sächs. Volksblatt" in Zwickau meldet, wurde in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Beschluß für die Außenpolitik des Luther-Kabinetts zu stimmen, „mit Mehrheit" gefaßt. Es gab also doch eine Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, von der das sozialdemokratische Zentralorgan und der Pressedienst der SPD. nichts berichteten. — Wie aus dem Reichstag berichtet wird, waren die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Levi, Rosenfeld und Wurm der Abstimmung über die Billigungsformel für das Lutherkabinett ferngeblieben, obwohl sie im Reichstag anwesend waren.

SLUB
Wir führen Wissen.